



KOMMUNALWAHL
2026

IHK-Regionalausschuss Traunstein

Positionen zu der Kommunalwahl 2026

Auf einen Blick

Der IHK-Regionalausschuss Traunstein vertritt die Interessen von ca. 15.000 Unternehmen im Landkreis Traunstein. Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2026 sind aus Sicht der regionalen Wirtschaft die nachfolgenden Handlungsfelder für den Erhalt und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes von besonderer Bedeutung:

- Moderne Verwaltung: serviceorientiert, digital, schlank, schnell
- Planen/Genehmigen/Bauen: modern, digital, service- und lösungsorientiert
- Fachkräfte sicherung: unterstützend, bedarfsgerecht, international

Moderne Verwaltung: serviceorientiert, digital, schlank, schnell

Für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts ist eine anpassungsfähige Wirtschaft, die durch eine wirtschaftsfreundliche, serviceorientierte und digitale Verwaltung unterstützt wird, unerlässlich.

Service-/dienstleistungsorientierte Verwaltung anbieten

- Erlaubnis-, Lösungs- und Vertrauenskultur von der Politik in die Verwaltung tragen.
- Entscheidungsbefugnisse für Mitarbeiter erweitern, sie zur Ausschöpfung der Ermessensspielräume im Sinne der Kunden motivieren und ihnen Rückendeckung geben.
- Einheitlichen, zuständigkeitsübergreifenden Ansprechpartner für effizienten und lösungsorientierten Austausch zwischen Unternehmen und Verwaltung erhalten und stärken (konkret: Chiemgau GmbH).
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit und Austausch innerhalb der Verwaltung fördern und stärken.
- Gut strukturiertes und leicht auffindbares Informationsangebot anbieten (z.B. mit ChatBot).
- One-Stop-Shop für Genehmigungen anstreben.
- Sicherstellung der Bearbeitung von Anträgen durch Mitarbeiterverfügbarkeit, entsprechende Vertretungsregelung sowie ggf. durch Mitarbeiterentsendung aus anderen Gemeinden.

Serviceversprechen an die Kunden eingehen

- „Fast-Lanes“ für gewerbliche Kunden einführen.
- Feedback-Systeme (z.B. Beschwerde- und Verbesserungsmanagement) implementieren, um Optimierungspotenziale zu identifizieren und zu heben.
- KPIs, die im RAL-Zertifizierungsprozess hinterlegt sind, monitoren und transparent machen (Verknüpfung mit Instrumenten der Mitarbeitersteuerung).

Potentiale der Digitalisierung heben und Prozesse optimieren

- Daten und Anschluss für Registermodernisierung sicherstellen, um Once-only-Dateneingabe zu ermöglichen.
- Auf bayern- und bundesweit einheitliche digitale Standards und Anwendungen statt auf individuelle, maßgeschneiderte IT-Lösungen setzen.
- Verwaltungsprozesse durchgängig „Ende zu Ende“ digitalisieren und weitestgehend automatisieren, interne Abläufe (z.B. digitale Umlaufmappen, parallele Bearbeitung) und externe Schnittstellen (z.B. Unternehmenskonto) effizient vernetzen und Unternehmen frühzeitig bei Entwicklung als Power-User einbinden, um praxisnahe und nutzerorientierte Lösungen zu erreichen.
- Moderne, KI-gestützte, digitale Informations- und Kommunikations-Tools zur schnelleren und effizienteren Abwicklung von Anfragen und Sachstandsauskünften einführen.

Planen/Genehmigen/Bauen: modern, digital, service- und lösungsorientiert

Die Verfügbarkeit von Wohn- und Gewerberaum ist ein zentraler Standortfaktor. Eine gute und effektive Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung trägt ebenso maßgeblich zur Beschleunigung der Verfahren bei, wie komplett digitalisierte Verfahren und angemessene baurechtliche Vorgaben.

Bauverwaltung serviceorientiert aufstellen

- Das Landratsamt sollte den Bereich Planen, Genehmigen und Bauen hinsichtlich seiner Bedeutung für die regionale Wirtschaft intern an erste Stelle setzen.
- Bauverwaltungen müssen sich als lösungsorientierte Dienstleister verstehen, Beratungsleistungen bündeln und ausweiten sowie Erreichbarkeit an fünf Tagen pro Woche gewährleisten.
- First-level-Support für telefonische und digitale Erstauskünfte und Akteneinsicht anbieten und Vorgänge mit intensiver fachlicher Prüfung separiert bearbeiten.
- Einführung eines verpflichtenden, frühzeitigen Austauschangebots („Phase 0“) zwischen Bauherren bzw. Vorhabenträgern und Bauämtern, Stadtplanungsbehörden sowie relevanten Entscheidungsträgern, um potenzielle Unklarheiten frühzeitig zu klären, Konflikte zu vermeiden und den Prüf- und Genehmigungsprozess zu beschleunigen.
- Planbarkeit für Vorhabenträger und Bauherren durch Einführung verbindlicher Vorgaben für Bearbeitungszeiten, beispielsweise im Rahmen von überprüfaren Servicestandards, herstellen.
- Interne Kommunikation optimieren und Letztentscheidungskompetenz in Dienststellen klar definieren sowie behördenübergreifende Zusammenarbeit verbessern, z.B. durch Definition von Projektverantwortlichen.
- Umstrittene Bauvorhaben durch die Kommune frühzeitig gegenüber der Bürgerschaft kommunizieren, um Bürgerbegehren zu verhindern und Planungssicherheit herbeizuführen.
- Gleichzeitige Bearbeitung von Bauanträgen innerhalb der kommunalen Verwaltung sicherstellen.

Bauverwaltung schneller und konsequent digitalisieren

- Vollständig digitale, medienbruchfreie Baugenehmigungsverfahren, die vom Antrag bis zur Genehmigung jederzeit die unmittelbare Erteilung einer Sachstandsauskunft ermöglicht.
- Vollständige Digitalisierung sowie zentrale Bereitstellung von Bauakten und Bestandsdaten - auch für größere Bau- und Genehmigungsverfahren der Wirtschaft - gewährleisten und Berechtigten die digitale Einsichtnahme ermöglichen.
- Unternehmen bei neuen Digitalisierungsvorhaben frühzeitig als Power-User einbinden, um Praxistauglichkeit sicherzustellen.
- Kostensparpotenziale durch Digitalisierung, z.B. durch BIM (Building Information Modeling) oder höheren Einsatz eines digitalen Gebäudezwillings als Entscheidungshilfe, verstärkt nutzbar machen.
- Anreize zur digitalen Einreichung von Bauverfahren schaffen, indem in „Fast-Lanes“ digitale Bauanträge bevorzugt und beschleunigt bearbeitet werden.

Baurechtliche Hemmnisse und ausufernde Bürokratie beseitigen

- Behördeninterne Abstimmungen fördern, um nicht umsetzbare, widersprüchliche Vorgaben zwischen Referaten oder Behörden (z.B. Klima-, Denkmal-, Brand- und Arbeitsschutz) zu vermeiden.
- Informelle Planungen und Konzepte in verbindliche Bauleitpläne überführen, um kommunale Verfahren zur Schaffung von Baurecht zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie mehr Sicherheit für Planung und Investitionen zu schaffen.
- Nachweiserfordernisse, wie beispielsweise externe Beratungs- und Gutachterleistungen reduzieren, zur Vermeidung widersprüchlicher und wirtschaftlich nicht vertretbarer Anforderungen.
- Ermessensspielräume zu Gunsten der Wirtschaft ausnutzen.
- Einfache Festsetzungen in Bebauungsplänen verankern, z.B. Festsetzungen hinsichtlich Baulinien statt komplexer Vorgaben.
- Freistellungsverfahren bei Bauvorhaben überall dort ermöglichen, wo es rechtlich und praktisch möglich ist.
- Übermäßige Anforderungen an klima- und sozialgerechte Baulandentwicklung vermeiden, um die Wirtschaftlichkeit von Vorhaben nicht zu gefährden.
- Interkommunale Planungsinstrumente und Projekte stärken.
- Einrichtung einer behördeneübergreifenden Task Force „Wohnraumschaffung“, um Wohnraummangel schlagkräftig, schnell und effizient entgegenzuwirken.
- Planbarkeit für Vorhabenträger und Bauherren durch Einführung verbindlicher Vorgaben für Bearbeitungszeiten, beispielsweise im Rahmen von überprüfaren Servicestandards, herstellen.
- Umstrittene Bauvorhaben durch die Kommune frühzeitig gegenüber der Bürgerschaft kommunizieren, um Bürgerbegehren zu verhindern und Planungssicherheit herbeizuführen.
- Unternehmen proaktiv bei der Schaffung von Mitarbeiterwohnen unterstützen, sofern baurechtlich sinnvoll umsetzbar (z.B. gemeinsam Flächenpotenziale ausloten, PPP-Modelle).
- Gleichzeitige Bearbeitung von Bauanträgen innerhalb der kommunalen Verwaltung sicherstellen.

Fachkräftesicherung: unterstützend, bedarfsgerecht, international

Damit die bayerische Wirtschaft über ausreichend Arbeitskräfte verfügt, müssen neben der Stärkung der betrieblichen Ausbildung alle vorhandenen Erwerbspotenziale erschlossen, der Einsatz von Arbeitskräften aus dem Ausland erleichtert und die arbeitsrechtlichen Anforderungen unbürokratisch geregelt sowie lösungsorientiert auf kommunaler Ebene umgesetzt werden.

Erwerbstätigkeit von Frauen steigern

- Auf die Durchfinanzierung von Kindergartenplätzen auf übergeordneten politischen Ebenen einwirken und dadurch den Rechtsanspruch gewährleisten.
- Flächendeckende Betreuungsangebote, auch für Kinder unter drei Jahren, schaffen, die über flexible Öffnungszeiten verfügen, auch Randzeiten abdecken und „untypische“ Arbeitszeiten ermöglichen.
- Kostengünstige und verlässliche Betreuungsangebote bis zum Ende der Grundschule mit Hausaufgabenbetreuung und Aktivitätsangeboten herstellen.
- Unternehmen beim Aufbau von Betriebskitas durch finanzielle Förderung und gezielte Zurücknahme bürokratischer Hürden und Auflagen unterstützen, damit die Kosten reduziert und der Aufbau sowie der Betrieb spürbar vereinfacht werden.
- Vereinbarkeit von Beruf und Pflege durch ein flächendeckendes Angebot an verfügbaren Pflegeplätzen, ambulanter Pflege und Kurzzeitpflege im Hinblick auf die demografische Entwicklung aufrecht erhalten, sowie ausreichend Tagespflegeplätzen mit bedarfsgerechten Hol- und Bringdiensten sicherstellen.

Zuwanderung von Ausbildungs- und Arbeitskräften erleichtern

- Unternehmen bei der Rekrutierung durch gezieltes Standortmarketing und internationale Anwerbekampagnen in ausgewählten Herkunftslandern unterstützen, insbesondere im Rahmen interkommunaler oder bayernweiter Kampagnen.
- Welcome-Center als zentrale Anlaufstellen etablieren und eine gelebte Willkommenskultur durch Veranstaltungen und Kampagnen stärken, insbesondere von Sprach- und Integrationsangeboten und Unterstützung von bestehenden Initiativen in der Wirtschaft.
- Zuverlässige Erreichbarkeit der Ausländerbehörden sicherstellen und Unternehmen im Aufenthaltsverfahren durchgehend serviceorientiert begleiten – bis zur Einreise der Arbeitskraft und Erteilung des Aufenthaltstitels.
- Potenziale von Geflüchteten gezielt heben, indem bedarfsgerechte und berufsbezogene Sprachkenntnisse und Integration systematisch unterstützt werden.

Fachkräfte (weiter-)entwickeln

- Langzeitarbeitslose Menschen mit multiplen Vermittlungshemmissen durch gemeinsame Angebote mit der Agentur für Arbeit, wie gezielte Veranstaltungen, Aktionen oder dem Angebot gemeinnütziger Tätigkeiten an den ersten Arbeitsmarkt heranführen, um Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- Projekt „Campus Chiemgau“ vorantreiben, Fachkräfte vor Ort halten durch die Unterstützung regionaler Bildungsträger und Projekte zur beruflichen Bildung und Berufsorientierung stärken.

Die IHK für München und Oberbayern



Die Industrie- und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern ist die größte IHK Deutschlands. Sie vertritt über 400.000 Unternehmen verschiedenster Branchen, Größenklassen und Rechtsformen. Die IHK ist eine „Körperschaft des öffentlichen Rechts“. Beste Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Erfolg ihrer Mitgliedsunternehmen zu schaffen, ist ihr oberstes Ziel.

Durch engen Austausch mit Entscheidungsträger/-innen aus Politik und Verwaltung sorgt die IHK dafür, dass die Anliegen der Unternehmen gehört werden. Eine gesetzliche Mitgliedschaft sichert, dass alle Mitglieder ihre Interessen gleichermaßen einbringen können. Sie macht die IHK unabhängig von großen Beitragszahlern oder staatlichen Zuwendungen und gewährleistet ihre parteipolitische Neutralität.

Diese Fokusthemen zu den Kommunalwahlen 2026 wurden vom IHK-Regionalausschuss Traunstein am 23.09.2025 einstimmig beschlossen.

Ansprechpartner:

Jens Wucherpfennig ☎ 08031-2308-100 📩 wucherpfennig@muenchen.ihk.de



ihk-muenchen.de



ihk-muenchen.de/newsletter



[/company/ihk-muenchen/](https://www.linkedin.com/company/ihk-muenchen/)



[/pages/ihk-muenchen/](https://www.facebook.com/pages/ihk-muenchen/)



[/ihk.muenchen.oberbayern/](https://www.instagram.com/ihk.muenchen.oberbayern/)



@IHK_MUC